

# Öffentliches Protokoll

## Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Montag, 17.02.2025
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:03 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

---

### Anwesend

#### Vorsitz

Philipp Grüßner WSI

#### Mitglieder

Anja Lembach CDU Vertretung für: Herbert Thomascheski

Jens Bergstein CDU

Julian Fresch CDU

Jan Lüchau CDU

Karin Blasius Bündnis 90 / Die Grünen

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen

Thomas Wöstmann Bündnis 90 / Die Grünen

Lothar Barop SPD

Laurin Schwarz SPD

Nina Schilling FDP

#### Mitglied mit beratender Stimme

Dr. Detlef Murphy Die Linke im Rat

#### Umweltbeirat

Jens Brüggemann Umweltbeirat

#### Jugendbeirat

Jonas Hergert Jugendbeirat

Hauke-Elias Zucht Jugendbeirat

#### Seniorenbeirat

Wolfgang Meyer-Lomberg Seniorenbeirat

#### Verwaltung

Claudia Friederich Verwaltung

Kirsten Gragert Protokollführung

Ralf Waßmann Verwaltung

### Abwesend

#### Mitglieder

Herbert Thomascheski CDU entschuldigt

#### Umweltbeirat

Maximilian vom Bruch Umweltbeirat entschuldigt

#### Seniorenbeirat

Heide Dewitz Seniorenbeirat entschuldigt

### Gäste:

Petra Kärgel / Bündnis 90 / Die Grünen  
Tobias Kiwitt / Bündnis 90 / Die Grünen  
Patricia Römer / Bündnis 90 / Die Grünen  
Verena Heyer / Bündnis 90 / Die Grünen  
Angela Drewes / WSI  
Antje Hellmann-Kistler / FDP

Ca. 10 Einwohner\*innen

2 Vertreter\*innen der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Er schlägt vor, den TOP 7 zu streichen.

Herr Barop beantragt, den TOP 9 Haushalt 2025 von der Tagesordnung zu nehmen und in den nächsten HFA zu verschieben, weil die Unterlagen zu spät vorlagen.

Dem wird mehrheitlich mit 9 Ja / 2 Nein / 0 Enthaltung zugestimmt.

Herr Lüchau unterstützt das und beantragt, dann auch den TOPs 8 von der TO zu nehmen. Dem wird einstimmig zugestimmt.

Frau Süß zieht den Antrag der Grünen zum HBB zurück, Frau Hellmann-Kistler den Antrag der FDP zur Nachbesetzung offener Stellen.

Zum TOP 6 teilt Herr Scholz mit, dass die Beherbergungssteuer bereits 2024 im Haushalt war. Darum könnte man heute darüber beschließen.

SPD und Grüne meine, man könne das Thema heute zumindest bereden.

Es liegen keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

**Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte alt 12 - 15.**

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.1.1 Interfraktionelle Anfrage zum Personal & Stellenplan MV/2025/007
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner
- 2 Anhörung der Beiräte
- 3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 20.01.2025
- 4 Kommunit
- 4.1 2. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Kommunit IT-Zweckverbandes Schleswig-Holstein BV/2025/002
- 4.2 Kommunit Wirtschaftsplan 2025 - Zustimmung zur Erhöhung der Eigenkapitalquote BV/2025/006
- 5 Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer

- |       |   |              |
|-------|---|--------------|
| 5.1   | Antrag der WSI-Fraktion zur Einführung einer Verpackungssteuer nach dem "Tübinger Modell"                               | ANT/2025/005 |
| 5.2   | Prüfauftrag der SPD zur Einführung einer kommunalen Steuer auf Einwegverpackungen nach dem Tübinger Modell              | ANT/2025/006 |
| 5.3   | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Ausarbeitung einer Verpackungssteuer                                      | ANT/2025/007 |
| 6     | Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung einer Steuer auf Übernachtungen in Beherbergungsstätten (Beherbergungssteuer) | BV/2025/005  |
| 7     | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen   |              |
| 7.1   | Bericht der Verwaltung  |              |
| 7.1.1 | Berichtswesen zur Ausführung von Beschlüssen I/2025 zum Interfraktionellen Antrag im HFA vom 18.03.2024 (ANT/2024/011)  | MV/2025/006  |
| 7.2   | Öffentliche Anfragen  |              |
| 8     | Verschiedenes   |              |

#### **Nichtöffentlicher Teil**

- |      |  |             |
|------|--|-------------|
| 9    | Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 20.01.2025                                       |             |
| 10   | Kita "Bekstraße" der Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung gGmbH; Refinanzierung der Personalkosten | BV/2024/123 |
| 11   | Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen   |             |
| 11.1 | Bericht der Verwaltung   |             |
| 11.2 | Nichtöffentliche Anfragen  |             |
| 12   | Verschiedenes  |             |

#### **Öffentlicher Teil**

- |    |                                  |  |
|----|----------------------------------|--|
| 13 | Unterrichtung der Öffentlichkeit |  |
|----|----------------------------------|--|



---

## Öffentlicher Teil

---

### 1 Einwohnerfragestunde

---

#### 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Die Antworten werden zur Kenntnis genommen.

---

##### 1.1.1 Interfraktionelle Anfrage zum Personal & Stellenplan

MV/2025/007

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

---

#### 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden folgende Fragen gestellt:

- 1.) Herr Wolff, Leiter der GHS, verliest sein Statement zur Streichung der Schulbibliothek (a. Allris) und bittet darum, dass die Argumente für die Beratung und Entscheidung berücksichtigt werden. Ein „Ja“ würde ihm reichen.  
Die Bürgermeisterin findet es wichtig, dass die Aspekte noch einmal angehört wurden. Der Haushalt sei desaströs und ein Sparkatalog müsse entwickelt werden. Dort müsse man faktisch auf die Zahlen schauen. So sei auch die Schulbibliothek finanziell eingeflossen. Das können nun alle noch mal mit in die Beratung nehmen. Sonst würde sich kein Konsens finden und die Einrichtung müsse geschlossen werden.
- 2.) Beherbergungssteuer  
Fr. Kiehnhorn/Hotel Freihof, H. André/Hotel Kreuzer, H. Hesse/Hotel am Hafen:  
Die Steuer sei schon lange Thema, aber nie bei den Beherbergungsstätten angekommen. Sie fordern nun auf, die Beherbergungssteuer nicht abzusegnen ohne mit allen Betrieben gesprochen zu haben. Es müsse in Einklang laufen und sei so nicht tragbar. Die Anwesenden verstünden die Sorgen der Stadt, aber so lasse sich das Problem nicht lösen. Sie seien total enttäuscht, weil sie sich seit Jahren für die Stadt „den Hintern aufreißen“. Die vorgeschlagenen 4% seien der Tod für die Betriebe. Dann könne man auch verkaufen.  
Sie bitten darum, einen gangbaren Weg für alle zu finden, weil es so nicht durchdacht ist.  
Herr Hesse übergibt einen Text an die Bürgermeisterin, den er kurz zusammenfasst vorträgt. Die Bettensteuer könne nicht weitergegeben werden. Die Umge-meinden und nicht mal Hamburg hatten Bettensteuern in solcher Höhe. Zudem sei der Vorlauf sehr kurz. Sie haben nur zufällig davon erfahren und wären sonst heute nicht hier. Die Betriebe haben viele Risiken (z.B. Personal, Energie, Buchungslage etc.), das Jahr sei schon geplant und viele Busreisegruppen seien bereits angemeldet. Nach seiner Einschätzung lohne sich die Steuer nicht, weil auch für die Erhebung Personal eingesetzt werden müsse. Zudem haben die Betrieb Verträge mit Plattformen, bei denen sie Kommission und Umsatzsteuer zahlen müssen. Er bittet nochmals darum, in die Berechnung mit einbezogen zu werden. Den Betrag separat auszuweisen wäre finanziell besser für die Betriebe. Ein Grund für seinen Bau in Wedel war auch, dass die Bettensteuer in Hamburg höher war. So wie es jetzt geplant ist, komme nichts dabei heraus.

Die anderen Hoteliers schließen sich an.

Der Vorsitzende und die Bürgermeisterin danken für die gute Arbeit der Hoteliers. Frau Fisauli-Aalto berichtet von der historischen Entstehung. Der Beschluss wurde 2023 nach langer Konsolidierungsberatung gefasst. Der Rat hat die Verwaltung beauftragt, die Satzung zu erarbeiten. Die Hotels sind dazu abgefragt worden, um eine Höhe errechnen zu können. Aber es sei gut, das jetzt noch einmal zu erörtern.

3.) Herr Stibbe verliest seine Anfrage zur Stadtparkasse (s. Allris).

Herr Scholz sagt dazu, dass die Stadtparkasse anders abgrenze. Und die 600 Tsd. Euro seien eingeplant, weil die Stadtparkasse signalisiert habe, dass 2025 eine Zinssausschüttung erfolgen wird.

Herr Stibbe bezeichnet es als mathematisches Wunderwerk und glaubt Herrn Scholz nicht. Er würde ihm den Zusammenhang gerne erklären.

---

<u>Anlage 1</u>	Schulbibliothek - Statement der GHS - Wolff Windisch Biebau
<u>Anlage 2</u>	TOP 1.2.2.) Antrag zur Beherbergungssteuer der Wedeler Hotellerie
<u>Anlage 3</u>	20250218143641 HFA TOP 1.2 Stibbe

---

## 2 Anhörung der Beiräte

Der Senioren- und der Jugendbeirat haben nichts zu berichten.  
Der Umweltbeirat kündigt eine Anmerkung bei TOP 5 an.

---

## 3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 20.01.2025

Anmerkungen zum Protokoll liegen nicht vor.

Der öffentliche Teil des Protokolls wird zur Kenntnis genommen.

---

## 4 Kommunit

---

### 4.1 2. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Kommunit IT-Zweckverbandes Schleswig-Holstein

BV/2025/002

Herr Kiwitt erläutert und verliest die Beschlussempfehlung.

#### Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Wedel erteilt dem Kommunit IT-Zweckverband Schleswig-Holstein seine Zustimmung zur 2. Änderungssatzung zur Verbandssatzung gemäß Beschlussfassung der Verbandsversammlung vom 3. Dezember 2024 (TOP 17.1.2 Änderungssatzung).

#### Abstimmungsergebnis:


Einstimmig

---

### 4.2 Kommunit Wirtschaftsplan 2025 - Zustimmung zur Erhöhung

BV/2025/006

---



---

### der Eigenkapitalquote

Der Vorsitzende fragt nach, was wir mit zwei Stimmen bewirken können.

Frau Süß antwortet, dass die Abstimmung einstimmig sein müsse. Es gebe den Vorbehalt, dass alle das beschließen.

Herr Grüßner meint, dass es ja aber teurer werde, wenn wir ein Darlehen aufnehmen müssen.

Herr Barop findet die Diskussion hier schwierig.

Herr Kiwitt sagt, wenn wir nicht zustimmen, bezahlen wir später auch mehr, weil für Kommunit die Kredite teurer seien.

Herr Fresch meint, dass es nicht wirklich Sinn mache, da wir das Geld nicht zur Verfügung haben. Er sieht das grundsätzliche Problem darin, dass Kommunen, die nicht im Hauptausschuss sitzen, vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Also müssen wir da auch mit rein. Die Bürgermeisterin sagt, der neue Geschäftsführer habe um Vertrauensvorschuss gebeten. Die Umlageerhöhung sei dem Bau eines neuen Rechenzentrums geschuldet. Es gebe mehr und mehr Cyberangriffe, die abgewehrt werden müssen. Aber auch sie sagt, dass die Stadt Wedel einen Sitz im Hauptausschuss brauche. Das sei für die Handlungsfähigkeit sinnvoll. Jetzt sei der Moment.

Der Vorsitzende fragt nach einer Wirtschaftlichkeitsberechnung und Herr Fresch möchte wissen, woher die 90.000 € herkommen.

Herr Scholz antwortet, das sei eine Investition, zu zahlen zu einem guten Teil aus Krediten, die günstiger seien, als Kommunit sie bekomme (z.T. aktuell unter 3%).

Frau Süß sagt, Kommunit kalkuliere mit ca. 4% bei der Umlage.

Frau Drewes merkt an, dass in der Vorlage die Ergebnisrechnung schon wieder nicht stimme und betont, dass es so nicht funktioniere.

Herr Fresch plädiert dafür, das Thema nun abzuschließen. Die Auszahlung erfolge doch erst, wenn die Haushaltsgenehmigung vorliege.

Frau Blasius fragt, was es bedeute, dass die 90.000 € unter 2025 alt stehen.

Herr Scholz sagt, dass die Summe in den Haushalt aufgenommen wurde. Wenn das abgelehnt wird, werde man sie wieder rausnehmen.

Der Vorsitzende findet die Entscheidung schwierig.

Herr Barop sagt, diese Diskussion lasse ihn furchtbar schwanken. Er bittet darum, den Geschäftsführer in den HFA einzuladen. Er sei aber auch der Meinung, dass Sicherheit ein wahnsinniger Aspekt sei, denn auch die Stadt Wedel könne betroffen sein.

Die Bürgermeisterin erinnert daran, dass wir uns für Outsourcing entschieden haben. Sie vertraue Herrn Amelung und könne versuchen, den Finanzvorstand in den HFA einzuladen.

Herr Fresch fragt, ob es überhaupt ausreiche, wenn wir später beschließen, denn die Einzahlung müsse doch bis zum 31.3.25 erfolgen.

Die Bürgermeisterin sagt, es müsse aber zunächst auf die Genehmigung des Haushaltes gewartet werden.

Der Vorsitzende beantragt, den TOP auf den nächsten HFA zu verschieben, damit noch eine Berechnung vorgelegt und der Finanzvorstand eingeladen werden könne.

Das wird mit 1 Ja / 10 Nein / 0 Enthaltung abgelehnt.

### Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Wedel erteilt dem Kommunit IT-Zweckverband Schleswig-Holstein seine Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2025 - Stammkapitalerhöhung mit der Möglichkeit zur Einzahlung bis zum 31.03.2025. (TOP 13.1. + 13.2.).

### Abstimmungsergebnis:

9 Ja / 1 Nein (WSI) / 1 Enthaltung (FDP)

---

## 5 Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer

Der Vorsitzende macht den Vorschlag, aus den drei Anträgen einen zu machen, wobei es

---

sich um eine Prüfung und zwei Aufträge handelt.

Herr Barop wünscht sich mehr Bürgernähe und würde gerne Gespräche führen, um das Ganze abzusichern.

Frau Drewes schlägt vor, den weitest gehenden Antrag zuerst abstimmen und spricht sich für einen zeitnahen Umsetzungsvorschlag

Frau Schilling sagt, die FDP würde maximal einen Prüfauftrag mitgehen und ist da ganz bei Herrn Barop.

Frau Blasius plädiert für eine Auftragserteilung, aber mit Überprüfung.

Auch Herr Fresch spricht sich für zwei Schritte aus.

Herr Brüggemann vom Umweltbeirat möchte eine Lanze für die Einführung einer Verpackungssteuer brechen. Er hat folgende kurze Stellungnahme dazu vorbereitet:

„Der Umweltbeirat befürwortet den Antrag für die Einführung einer Verpackungssteuer durch die Stadt Wedel.

Begründung:

Verpackungen und Einweggeschirr fallen täglich in großer Menge beim Verkauf von "Take away"-Produkten sowie Veranstaltungen mit Verkauf und Verzehr von Speisen und Getränken an.

Verpackungsmaterialien sind für die Umwelt hochgradig problematisch:

Es handelt sich meist um Verbundstoffe (Plastik/Papier) die sich, wenn überhaupt, nur schwierig oder gar nicht recyceln lassen. Zudem sind sie häufig mit den sog. Ewigkeitschemikalien pfas belastet, die sich im menschlichen Gewebe anreichert und in der Umwelt nur sehr schwer abgebaut werden kann.

Durch die Verpackungssteuer werden umweltfreundlichere Verpackungen konkurrenzfähiger und der Verbrauch problematischer Verpackungen kann reduziert werden.

In Deutschland haben Tübingen 2022 sowie Konstanz im Januar 2025 eine Verpackungssteuer eingeführt, weitere Städte und Kommunen werden folgen.

Klagen gegen die Verpackungssteuer wurden in letzter Instanz im Herbst 2024 vom Bundesverwaltungsgericht und schließlich am 22.1.2025 vom Bundesverfassungsgericht verworfen.“

Herr Barop sagt, seine Fraktion und er seien nicht gegen eine Verpackungssteuer, möchten das aber geprüft haben. Es sei eine grundlegende Frage, wie das umgesetzt werden kann.

Der Vorsitzende sagt, dass der WSI-Antrag auch in die Richtung gehe.

Herr Fresch empfiehlt, den SPD-Antrag zuzustimmen.

Frau Kärgel dankt Herrn Brüggemann. Das Hauptziel sei es Verpackungsmüll einzusparen und erst in zweiter Linie die Einnahmeerzielung. Einen ähnlichen Antrag gab es ja auch schon zur umweltfreundlichen Beschaffung.

Herr Kiwitt meint, das müsse auch in der Satzung deutlich werden. Der WSI-Antrag mache angreifbar.

Der Vorsitzende fragt nach einem Meinungsbild.

Frau Süß sieht den Antrag der Grünen als weitergehend und wird an ihm festhalten. Wichtig sei, dass es schnell vorangehe und nicht wieder Monate dauere.

Frau Drewes plädiert für einen Umsetzungsvorschlag, weil dieser eine andere Gewichtung habe als nur eine Prüfung.

Herr Baehr spricht für die Verwaltung, die das Thema bearbeiten muss. Es gebe dazu eine umfangreiche Rechtsprechung. Diese müsse geprüft werden. Bislang haben nur Tübingen (mit grundsätzlich verfassungsrechtlicher Zulässigkeit einer Verpackungssteuer) und Ko-

blenz diese Steuer eingeführt. Viele Kommunen prüfen deren Einführung gerade. Dazu müsse auch die Höhe der Abgabe geprüft werden. Die Abgabe betrifft nicht nur die Systemgastronomie sondern jeden Kiosk, der einen Coffee-to-go anbietet. Wenn die Satzung Bestand haben soll, brauche die Verwaltung Zeit. Er bittet um Verständnis. Eine Frage sei auch, wieviel Müll anfallt und wo und wie hoch der Anteil des Verpackungsmülls daran sei. Die Grundlage müsse kalkuliert und geprüft werden und zusätzlich die dafür erforderliche personelle Begleitung berücksichtigt werden.

Herr Fresch meint, dass Frau Drewes und Frau Süß versuchen zu erklären, dass ihre Anträge auch eine Prüfung enthalten. Das würde er nicht so interpretieren. Er möchte einen konkreten Antrag beschließen.

Frau Drewes ist irritiert, denn im WSI-Antrag steht „Umsetzungsvorschlag“.

Frau Süß fragt, wieviel Zeit erforderlich sein wird.

Herr Baehr antwortet, das sei nicht konkret zu benennen, weil auch die Grundsteuer immer noch ein großes Thema sei. Er brauche noch etwas Zeit um zu kalkulieren, wieviel Ressourcen er habe, um dann eine gute Entscheidungsvorlage vorbereiten zu können. Er bittet hierzu um einen realistischen Prüfauftrag und sagt zu, diesen zeitnah abzuarbeiten. Aber er möchte sich nicht auf ein verbindliches Datum festlegen.

Frau Süß habe Angst, dass wieder ein Jahr mit der Bearbeitung des Prüfauftrages vergehe und dann erst die Satzung folge.

Herr Barop sieht es so, dass sich die Fraktionen im Prinzip einig seien, nur der Weg dorthin sei unterschiedlich. Sein Ziel sei es, vernünftig mit den Menschen zu sprechen.

Frau Blasius sieht das Ziel darin, dass die Steuer sich selber abschafft durch eine freiwillige Erklärung, Einwegverpackungen abzuschaffen.

Herr Fresch stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, alle 3 Anträge abzustimmen:

---

**5.1 Antrag der WSI-Fraktion zur Einführung einer Verpackungssteuer nach dem "Tübinger Modell"**

**ANT/2025/005**

**Beschlussempfehlung:**

Die WSI-Ratsfraktion beantragt, dass die Verwaltung zeitnah einen Umsetzungsvorschlag für die Einführung einer Wedeler Verpackungssteuer erarbeitet und ein konkretes Datum für deren Einführung benennt.

**Abstimmungsergebnis:**

4 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltung

---

**5.2 Prüfauftrag der SPD zur Einführung einer kommunalen Steuer auf Einwegverpackungen nach dem Tübinger Modell**

**ANT/2025/006**

**Beschlussempfehlung:**

Die SPD Wedel beauftragt die Verwaltung zu prüfen, in wie weit eine kommunale Steuer auf Einwegverpackungen für Getränke und Speisen nach dem Tübinger Modell auch für Wedel in Frage kommt.

**Abstimmungsergebnis:**





8 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltung

---

**5.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Ausarbeitung einer Verpackungssteuer** **ANT/2025/007**

**Beschlussempfehlung:**

Der Rat der Stadt Wedel beauftragt die Verwaltung, dem Rat eine Beschlussvorlage über eine Verpackungssteuersatzung vorzulegen, die sich an der Verpackungssteuersatzung in Tübingen orientiert (<https://www.tuebingen.de/verpackungssteuer>)

**Abstimmungsergebnis:**

4 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltung

---

**6 Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung einer Steuer auf Übernachtungen in Beherbergungsstätten (Beherbergungssteuer)** **BV/2025/005**

Herr Barop bittet um Rückverweisung und weitere Beratung.

Frau Drewes ist irritiert über den Satzungsvorschlag und fragt, ob das wirklich nicht mit den Hoteliers besprochen wurde.

Herr Baehr sagt, dass die Verwaltung Ende 2023 den Auftrag vom Rat bekommen habe. Das war ein einstimmiger Beschluss. Es wurden die Betriebe eruiert und Kontakt aufgenommen, außer mit Herrn Hesse, dessen Hotel 2023 noch nicht eröffnet war. In den Gesprächen wurde kundgetan, dass eine Bettensteuer eingeführt werden soll. Jede Abgabe habe natürlich auch eine kritische Seite für die Steuerpflichtigen und so sei verständlich, dass die Hoteliers nicht erfreut sind. Aber die Verwaltung hatte einen Auftrag und legt nun einen Entwurf vor. Es sei durchaus davon auszugehen, dass das Thema bekannt war. Aber es müsse nicht so beschlossen werden. Auch er als Wirtschaftsförderer betrachte das von zwei Seiten.

Herr Wöstmann appelliert, dann jetzt gut zu kommunizieren. Er schließe einen unterjährigen Beginn aus. Er bitte darum, die KurortVO und die Nachbarschaft zu Hamburg in die Prüfung mit einzubeziehen. Die Steuer in Hamburg sei geringer, aber nach neuester Rechtsprechung. Es müssen alle diese Fragen geklärt werden, um eine bestmögliche Lösung zu erzielen.

Herr Barop meint, die Hoteliers hätten das wohl nicht so wahrgenommen.

Frau Blasius bittet zusätzlich noch um eine Wirtschaftlichkeitsberechnung.

Der Vorsitzende greift den Antrag von Herrn Barop auf, diesen TOP bis zur Klärung zu vertagen. Dem wird einstimmig zugestimmt.

---

**7 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen**

---

**7.1 Bericht der Verwaltung**

Die Bürgermeisterin informiert, dass nach der Wahlanfechtung der Bürgermeisterwahl nun eine Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht wurde.

---



---

**7.1.1 Berichtswesen zur Ausführung von Beschlüssen I/2025  
zum Interfraktionellen Antrag im HFA vom 18.03.2024  
(ANT/2024/011)**

**MV/2025/006**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Drewes bittet darum, den Antrag der WSI vom 11.11.2024 zu den Wachstumskennzahlen mit aufzunehmen.

---

**7.2 Öffentliche Anfragen**

- 1.) Herr Zucht fragt, ob es möglich ist, dass der Jugendbeirat am nichtöffentlichen Teil von Sitzungen teilnehmen darf, weil es dort auch jugendrelevante Themen gibt.  
Die Verwaltung wird das prüfen.
  
  - 2.) Herr Zucht fragt, ob das Plakatierverbot an und um Schulen nur für die Wahlzeit oder generell gelte, weil man einigen Fenstern aus Plakate sehen kann.  
Die Bürgermeisterin antwortet, dass diese Sperrzone 6 Wochen vor dem Wahltag bis um 18 Uhr am Wahltag einzuhalten ist. Die Pläne können zur Verfügung gestellt werden.
  
  - 3.) Herr Fresch möchte wissen, ob die Verwaltung der Meinung sei, dass der Stellenplan so korrekt ist. Er könne nicht nachvollziehen, dass etwas rechtlich nicht umsetzbar ist.  
Die Bürgermeisterin sagt, sie habe die Frage nicht ganz verstanden.  
Darum wurde ein Organigramm erstellt, das hochgeladen wurde und auch an der Wand im Ratssaal aufgehängt wurde.  
Frau Blasius gefalle, die Übersicht, aber es fehlen die Stellen.  
Frau Kaup antwortet, das sei in der Kürze nicht machbar gewesen, weil dazu jede Stelle angefasst und verschlagwortet werden müsste.  
Die Erste Stadträtin ergänzt, der Stellenplan sei grundsätzlich ein Haushaltsinstrument. Die Öffentlichkeit solle aber nicht erkennen, wer dahinterstecke. Es sei nicht die Aufgabe, im Stellenplan die Aufgaben zu beschreiben. Das sei Aufgabe der Bürgermeisterin in der laufenden Verwaltung.  
Herr Fresch möchte wissen, ob für die Zukunft die Verschlagwortung der Stellen ausgeschlossen werde.  
Die Verwaltungsleitung werde sich das noch mal ansehen.
  
  - 4.) Frau Blasius bezieht sich auf den Sozialausschuss. Es wurden 2 Gebäude jetzt umgewandelt und vermietet. Sie fragt, ob das noch für weitere Gebäude gemacht werden kann.  
Die Antwort werde nachgereicht.
  
  - 5.) Herr Barop spricht Ungereimtheiten bei der Verlegung von Glasfaserkabel am Elbhochufer an. Es würden nur einige Flächen gepflastert. Er fragt nach einer Kostenaufstellung. Da bei ihm noch nichts gemacht wurde möchte er wissen, ob das ein einzelnes oder generelles Problem sei. Die Wege seien alle marode.  
Die Bürgermeisterin sagt, das sei das laufende Geschäft der Stadtwerke und bittet darum, dort nachzufragen. Sie könne technisch nicht weiterhelfen.  
Die Verträge seien abgeschlossen. Ggf. müsste sie noch mal Herrn Maurer einladen.
-

Es werden keine weiteren Anfragen gestellt.

---

**8            Verschiedenes**

Entfällt.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

**Öffentlicher Teil**

---

**13           Unterrichtung der Öffentlichkeit**

Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse.

---

TOP 10Kita "Bekstraße" der Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung gGmbH; Refinanzierung der Personalkosten  
BV/2024/123

Einer Vertagung in den Rat wird mehrheitlich zugestimmt.

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

---

Philipp Grüßner

Protokollführung:

---

Kirsten Gragert

